



Projekt „Moderne Polizei“: Mobil und bürgernah.

Karriere in einer modernen Struktur

Im Projekt „Moderne Polizei“ wird ein Detailkonzept für Führungs- und Fachkarrieren der Exekutivbediensteten entwickelt, ein flexibles und leistungsgerechtes Bewertungssystem; und die Dienststellenstruktur wird modernen Gegebenheiten angepasst.

H heute, im Zeitalter des Handys, ist es vorrangig, dass die Polizei rasch bei den Menschen ist, wo sie gebraucht wird, und nicht, dass die Menschen rasch bei der Polizei sind“, sagte Innenministerin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner bei einer Fortschrittspräsentation des Projekts „Moderne Polizei“ am 28. Jänner 2014 in Wien. Daher habe sie Anfang Jänner einer Projektgruppe den Auftrag erteilt, die Dienststellenstruktur der Polizei in Österreich den Gegebenheiten anzupassen.

„Ich habe aber neben der Dienststellenstrukturanpassung zwei weitere Detailkonzepte in Auftrag gegeben“, sagte Mikl-Leitner. „Ein Detailkonzept für Führungs- und Fachkarrieren und ein modernes, flexibles Bewertungskonzept für die Polizeiinspektionen.“ Der Innenministerin sei es wichtig, dass

auch die internen Karriere- und Bewertungssysteme den Anforderungen der Zeit gerecht werden, sowie dem Grundsatz „Leistung muss sich lohnen“.

Geändertes Kommunikationsverhalten. „Kaum jemand würde heute als erste Reaktion darauf kommen, in eine Polizeiinspektion zu laufen, wenn er oder sie in einem Notfall die Polizei braucht – jeder greift als Erstes zum Handy und wählt den Notruf 133 oder den Euronotruf 112“, sagt Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Mag. Mag. (FH) Konrad Kogler. In Wien werden 98 Prozent der Einsätze über den Notruf ausgelöst, meist über ein Handy. Fast niemand geht in eine Polizeiinspektion, um die Polizei zu „holen“. Allein zwischen 2005 und 2009 stieg die Zahl der Einsätze, die

durch Notrufe in der Wiener Landesleitzentrale ausgelöst worden waren, um 50 Prozent (von 282.000 auf 420.000). Noch nie zuvor war diese Zahl in einem so kurzen Zeitraum in Wien derart gestiegen.

Das Kommunikationsverhalten der Menschen hat sich in den letzten zehn, fünfzehn Jahren verändert wie kaum jemals zuvor. Heute besitzen über 90 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher mindestens ein Handy. Allein im Jahr 2012 ist die Marktabdeckung mit Smartphones um 25 Prozent gestiegen. Gleichzeitig hat die Nutzung mobiler Dienste um 50 Prozent zugenommen.

Noch in den 1990er-Jahren gab es ein dichtes Telefonzellennetz in Österreich. Die Menschen hatten aber noch die Telefonnummer des nächsten Polizeiwachzimmers oder des Gendarme-



Polizeiarbeit: Mehr Technik und Streifendienste, weniger Bürokratie.

riepostens zu Hause beim Telefon liegen. Erst in den 1980er-Jahren wurde vermehrt der Polizeinotruf gewählt – anstatt der Telefonnummer der nächsten Polizei- oder Gendarmeriedienststelle.

Mit dem Boomen des Smartphone-Marktes Ende der 2000er-Jahre wurde das Internet mobil. Soziale Netzwerke machen ständige Fernkommunikation möglich. Heute nutzen über 40 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher mobiles Internet, über zweieinhalb Millionen sind im Facebook, drei Viertel sind regelmäßig im Internet. Die Handy- und Smartphone-Benutzer verschicken jährlich weit über sechs Milliarden SMS im Jahr – das sind fast so viele SMS wie es Menschen auf der Erde gibt.

Verkürzte Verständigungszeit. „Die technischen Entwicklungen haben zur Folge, dass sich die Zeit zwischen einem Ereignis und dem Zeitpunkt der Verständigung der Polizei enorm verkürzt hat“, sagt der Projektverantwortliche General Matthias Klaus, Leiter der Gruppe II/A im Innenministerium. „Genauso müssen wir versuchen, die

Zeit zwischen der Verständigung und dem Eintreffen der Einsatzkräfte zu verkürzen. Die Polizei muss sich auf gesellschaftliche Änderungen einstellen.“

Einer Untersuchung zum Sicherheitsgefühl in Österreich vom Sommer 2013 ergab, dass es über 80 Prozent der Menschen in Österreich wichtig ist, dass die Polizei rasch bei ihnen eintrifft, wenn sie sie rufen. Dieser Wunsch der Bevölkerung liegt an erster Stelle vor „guten Nachbarschaftsbeziehungen“, an dritter Stelle ist der Wunsch nach Maßnahmen für die Ordnung und Sauberkeit auf den Straßen und danach liegt der Wunsch nach regelmäßigen Kontakten mit Polizistinnen und Polizisten. Zufrieden mit den Interventionszeiten der Polizei sind knapp 60 Prozent.

Mehr Streifen. „Wir können unsere Interventionszeiten nur dann senken, wenn wir die Außendienstpräsenz erhöhen“, betont Klaus. „Das ist nur dann möglich, wenn wir von einem Dienststellennetz mit vielen kleineren Polizeiinspektionen abgehen – hin zu einer effektiveren Dienststellenstruktur

mit größeren Polizeiinspektionen und einem dichten Streifenetz.“ Das trage auch der höheren Mobilität der Gesellschaft Rechnung. Österreich verfügt über ein Straßennetz von beinahe 2.200 Kilometern Autobahnen und Autostraßen. Der Verkehr auf hochrangigen Straßen hat allein im Vorjahr um bis zu zwei Prozent zugenommen. Auch Kriminelle nutzen das gut ausgebaute Straßennetz in Österreich. Die Polizei muss sich darauf einstellen.

Insgesamt wird das Personal von mehr als 120 Inspektionen in anderen Dienststellen zusammengezogen. „Für Bedienstete, die im Zuge dessen mit einem niedriger bewerteten Arbeitsplatz als dem bisherigen betraut werden, sieht das Gehaltsgesetz Abfederungen vor. Konkret können wir von einer vollen Wahrung der besoldungsrechtlichen Ansprüche für mindestens drei Jahre ausgehen“, sagt Dr. Andreas Grad, Leiter der Personalabteilung im Innenministerium. Er ist gemeinsam mit Mag. Manfred Zirnsack, dem Leiter der Abteilung II/1 (Organisation, Dienstbetrieb und Analyse) in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Leiter des Projekts „Moderne

Polizei“. Ziel sei es, gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt Rahmenbedingungen zu schaffen, die den Personalübergang so gut wie möglich unterstützen. „Klar ist, dass es dabei nicht ums Sparen geht“, sagt Innenministerin Mikl-Leitner. „Sondern wir wollen die Polizei schlagkräftiger machen.“ Zudem werde keine Planstelle wegfallen. „Alle Polizistinnen und Polizisten bleiben in ihren Bezirken“, betont die Innenministerin.

Hauptkriterien für die Auswahl der Dienststellen, die zusammengelegt werden sollen, waren:

- Größe, Lage und baulicher Zustand der Dienststelle,
- Entfernung zu den benachbarten Dienststellen,
- Zugänglichkeit des betreffenden Streifenbereichs mit den Anfahrtszeiten zu möglichen Einsatzorten,
- topografische und geografische Lage.

Gemeindepaket. Den betroffenen Gemeinden wurde ein „Gemeindepaket“ angeboten. Damit soll vor allem die Bürgernähe erhalten bleiben. „Mir ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft einen einfachen Zugang zu ihren Ansprechpartnern bei der Polizei haben“, sagt Innenministerin Mikl-Leitner.

Geplant ist, dass sich eine Polizistin oder ein Polizist regelmäßig in der Gemeinde aufhalten wird – großteils auf Streife. Die jeweiligen Orte erhalten eine Polizistin oder einen Polizisten als Ansprechpartner genannt. Für die Finalisierung von Amtshandlungen können die Gemeinden einen Raum als „Polizeistützpunkt“ zur Verfügung stellen, etwa im Gemeindeamt oder im Feuerwehrhaus. Die Polizei liefert eine Gegensprechanlage und ein Polizeischild. Die Polizeibediensteten haben unter anderem einen Laptop mit mobilem Büroautomations- und Kommunikationssystem (*mBAKS*) mit. So können sie zum Beispiel eine Fahndung ausschreiben. Betätigt jemand die Gegensprechanlage, wird eine Verbindung zur nächsten Leitstelle hergestellt und diese entsendet eine Streife, die gerade in der Nähe unterwegs ist.

Viele Gemeinden zeigen Interesse am gesamten angebotenen Gemeindepaket, andere Gemeinden an Teilen des Pakets. Diesbezüglich gibt es Gesprä-



„Moderne Polizei“: Projektleiter Andreas Grad, Herbert Anderl, Leiter des MitarbeiterInnen- und BürgerInnen-Beirats und Projektleiter Manfred Zirnsack.

che mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landespolizeidirektionen.

Befürchtungen von Gemeindevertretern, dass die Sicherheit beeinträchtigt sei, wenn sich in ihrem Ort keine

SERVICE

„MitarbeiterInnen- und BürgerInnen-Beirat“

Sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenressorts als auch Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, über den „MitarbeiterInnen- und BürgerInnen-Beirat“ Anregungen und Vorschläge einzubringen. Leiter des Beirats ist der Vorgänger von Konrad Kogler als Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Dr. Herbert Anderl. „Wir werden uns jeden Vorschlag ansehen und mit den Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern abklären.“ „Wir haben Dr. Herbert Anderl ganz bewusst für diese Funktion ausgewählt“, erläutert Innenministerin Mikl-Leitner. „Er weiß, wie die Polizei funktioniert und kann die Wünsche und Ideen vor einem fachlichen Hintergrund in das Projekt tragen.“

„Wir sind dankbar für Anregung und Vorschläge“, betont Abteilungsleiter Manfred Zirnsack. „Schließlich sollen auch jene ihre Vorschläge einbringen können, die von dem Projekt betroffen sind.“ Der Projektleitung sei es auch wichtig, dass die Außensicht in das Projekt eingebracht werden könne.

MitarbeiterInnen- und BürgerInnen-Beirat: ModernePolizei@bmi.gv.at

Polizeidienststelle mehr befindet, entkräftet Projektleiter Zirnsack: „Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass eine Dienststelle alleine ein Mehr an Sicherheit bedeutet.“ Gering besetzte Dienststellen seien ein Risikofaktor für die Eigen-sicherung der Bediensteten – Polizisten müssten dort des Öfteren alleine Dienst versehen und auch ihren Außendienst sehr oft allein erledigen. „Es ist unser Ziel, die Anzahl der Doppelstreifen zu erhöhen“, betont Zirnsack,

Als Nebeneffekt soll die Zusammenlegung der Polizeiinspektionen eine Verwaltungserleichterung für die Exekutivbediensteten bringen. „Jede Polizeidienststelle verursacht einen gewissen Grundstock an Verwaltungsaufwand“, sagt Zirnsack. „Umgekehrt ist der Verwaltungsaufwand für eine größere Dienststelle nicht viel höher als der für eine kleinere Inspektion.“

Fach- und Führungsspezialisten.

Der vielfältige Dienst mit Spezialisten, wie Spurensicherern, Datenspezialisten oder grenz- und fremdenpolizeilichen Experten, ist in größeren Polizeiinspektionen leichter steuerbar. Die Spezialisten lassen sich besser einteilen.

„Auch hier müssen wir auf neue Herausforderungen reagieren“, erklärt General Klaus. Unsere Polizistinnen und Polizisten in den Polizeiinspektionen sind grundsätzlich gut ausgebildet und leisten hervorragende Arbeit. Aber die Ermittlungs- und Arbeitsmethoden werden immer komplexer und technisierter. Heute arbeiten unsere Spurensicherer mit aufwendigen Methoden an Tatorten bei der Beweisaufnahme. Hochentwickelte Labors machen es möglich, dass wir kleinste Spuren auswerten können.“

Ein weiteres Beispiel ist die Datensicherung für den Bereich der Cyber-Kriminalität. „Heute werden in sehr vielen Fällen Datenträger sichergestellt“, sagt Matthias Klaus. „Auch für die Sicherung der Daten brauchen wir Spezialisten.“ Diese Spezialistinnen und Spezialisten benötigten tief gehendes Fachwissen auf ihren Gebieten. Somit erreichen wir eine bestmögliche Unterstützung durch Spezialisten.

„Wir müssen daher die Fach- und Führungsausbildung, aber auch die laufende Fortbildung der Exekutive diesen Umständen anpassen“, betont Andreas



Fach- und Führungsausbildung: Neue Spezialisierungsmöglichkeiten.

Grad. „Wir sind dabei, ein Detailkonzept für eine mehrstufige Fach- und Führungskarriere in der Exekutive zu erarbeiten.“

Dazu wird einerseits die E2a-Grundausbildung für dienstführende Exekutivbedienstete neu strukturiert und andererseits werden E2b-Beamten und -Beamte neue Spezialisierungsmöglichkeiten erhalten. Die E2a-Grundausbildung wird mit einer „Basisausbildung“ beginnen, und daran wird eine „vertiefende fachliche Ausbildung“ anschließen.

Die „vertiefende fachliche Ausbildung“ wird auf fünf Gebieten angeboten:

- im „qualifizierten Polizeidienst“ für das Sicherheitsmanagement auf Polizeiinspektionsebene,
- im Kriminaldienst,
- im Verkehrsdienst,
- im grenz- und fremdenpolizeilichen Dienst sowie
- in polizeilichen Sonderverwendungen, wie zum Beispiel im Polizeidiensthundewesen.

Nach Abschluss dieser E2a-Grundausbildung werden die Polizistinnen und Polizisten in ihren Fachbereichen arbeiten. Ein Fachzweigwechsel wird möglich sein; allerdings muss die oder der Bedienstete dazu die „vertiefende fachliche Ausbildung“ für den entsprechenden Zweig absolvieren.

Die Führungsausbildung wird zeitnah zum Wechsel eines E2a-Bediensteten in eine Führungsfunktion absolviert werden können. Für Exekutivbeamtin-



„Gemeindepaket“: Geplant ist, in Gemeinden einen Polizeistützpunkt einzurichten. Polizisten sollen sich regelmäßig in der Gemeinde aufhalten – großteils auf Streife.

nen und -beamte, die bereits jetzt im Dienstführendenrang sind, werden derzeit Übergangsbestimmungen erarbeitet. E2b-Bedienstete (eingeteilte Beamte), die nicht in den E2a-Bereich umsteigen wollen, werden die Möglichkeit erhalten, sich zu spezialisieren, indem sie nur den Fachteil der E2a-Grundausbildung absolvieren – die „vertiefende fachliche Ausbildung“. Damit erhalten auch sie neue Spezialisierungs- bzw. Karrierechancen.

Die neue E2a-Grundausbildung soll 2015 starten. Jährlich sollen 300 Bedienstete nach diesem System ausgebildet werden.

Bewertungen. Mit der Neugestaltung der Dienstführendenausbildung und der Schaffung von Spezialisten auf Fach- und Führungsebene soll das Bewertungssystem in den Polizeiinspektionen angepasst werden.

Für die Bewertung von E2a-Führungsarbeitsplätzen soll ein zeitgemäßes, leistungsgerechteres System geschaffen werden. Der Polizeidienst ist in den letzten Jahren vielfältiger geworden, sowohl von der Art der Aufgaben her, als auch vom Umfang. „Wenn wir sagen, Leistung muss sich lohnen, dann muss sich Leistung auch in der Bewertung und damit in der Bezahlung von Dienstführendenpositionen niederschlagen“, sagt Innenministerin Mikl-Leitner. „Daher werden im Projekt „Moderne Polizei“ genaue Kriterien erarbeitet, nach denen künftig E2a-Positionen bewertet werden.“

Entbürokratisierung. Ein weiteres wesentliches Schwerpunktziel des Projekts „Moderne Polizei“ ist es, die Tätigkeiten in den Polizeiinspektionen zu entbürokratisieren. „Polizistin oder Polizist wird man, weil man für die Sicherheit in unserem Land mit verantwortlich sein möchte, nicht wegen der administrativen Tätigkeit“, sagt Innenministerin Mikl-Leitner. „Verwaltungsaufgaben müssen erledigt werden – wir leben in einem Rechtsstaat. Es soll dokumentiert werden, was dokumentiert werden muss, aber nur so viel, wie notwendig ist.“ Die Technik soll die Exekutive dabei wirksam unterstützen.

Gemeinsam mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Büros „Qualitäts- und Wissensmanagement“ aus den Landespolizeidirektionen sowie von Polizeiinspektionen sollen die bürokratischen Aufgaben der Exekutivbediensteten in den Polizeiinspektionen durchleuchtet werden. Dabei sollen die Hauptprozesse dieser Tätigkeiten in ausgewählten Polizeiinspektionen identifiziert werden. Wiederholungen in den Prozessabläufen sollen erkannt und übermäßiger administrativer Mehraufwand soll aufgedeckt werden. Zudem sollen Möglichkeiten gefunden werden, die Prozesse zu optimieren. Am Ende sollen die administrativen Tätigkeiten der Polizei in den Inspektionen vermindert und erleichtert werden. An der Erarbeitung von möglichen Lösungen werden auch Polizistinnen und Polizisten von Polizeiinspektionen mitarbeiten.